

# Wöchentliches Anzeiger

## für Teuchern

## und Umgegend.



Anzeigenpreis: Die fünfjährige Korpusseite 15 Mk.  
Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeilstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.  
Erscheint wöchentlich einmal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Stierkäse, r Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,45 Mk. von unterm: Bienen im Haus gebraucht 1,60 Mk. und durch den Briefträger 1,69 Mk.

Stierkäse, r monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeilstraße 10, auch von unterm Bienen und allen Käufern, Postämtern angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 16.

Dienstag, den 5. Februar 1918.

57. Jahrgang

### Nach dem Streit.

Man darf wohl die Hoffnung hegen, daß mit der alten Mann auch der Streit in das Meer der Vergleichen gelassen ist. Die Lage in Groß-Berlin ist in den verschiedenen Orten des Reiches, in denen es überhaupt zu Arbeitsstellen gekommen war, verhältnismäßig in dieser Erwartung. Aber Orten sollte sich um die Wochenenden ein starkes Abfließen der unzufriedenen Bewegung bemerkbar gemacht. Das, was die ausländische Propaganda anstrebte und was auch von den unheilbaren Fanatikern dahinein erlehnt wurde, ein die gesamte Arbeiterschaft des Reiches umfassernde Arbeitslosigkeit, ist auch nicht in entfernter Aussicht worden. Überall ist die Bewegung auf Zeitstreiks beschränkt geblieben, da der ältere und verständlichere Teil der deutschen Arbeiterschaft es ablehnte, sich in dieser ersten Zeit an einer Bewegung zu beteiligen, die gewaltsam, sinnlos und nutzlos zugleich war. Um übrigen stellte sich das Heer der Streikenden in gewissem Sinne dar als ein Teil jener Kraft, die sich in die Hände der Arbeitervereine schloß. Der Industrie kann man es wohl ginnen, daß sie allein in Groß-Berlin an 10 Millionen Mark partei, die sie sonst für die wegen Kohlenmangels notwendig gewordenen Forschungen zu bezahlen gelohnt hätte. Die Erproben an Arbeiterlöhnen beläuft sich, da der gesamte Arbeiter einen Lohn von 150 Mark und oft mehr während wöchentlich erhält, in Groß-Berlin auf die Summe von 15 Millionen Mark. Die Gewerkschaften bestreben natürlich, so große Beiträge an Manpower und sonstigem Material, daß die Kriegslage durch den Streit nicht beeinträchtigt wird.

### Die Folgen des Streits

treffen die Arbeiterschaft dagegen auf empfindliche; freilich kann diese sich darüber nicht beklagen. Der nicht hören will, muß schälen. Und an Aufklärungsversuchen hat es wahrlich nicht gefehlt, auch mußten Verkauf und Auszahlung des Wiener Streits zur Belohnung machen. Die außerordentlichen Kriegsergebnisse sind da, wo sie gebildet werden müssen, zusammengetragen und verpackt nach Kriegsergebnisse ihrer Seiten, die innerhalb 24 Stunden zu vollstrecken sind, fruchtlos. Heeresminister benannte Führer von Groß-Berlin wurden zum Oberbefehlshaber in den Marken unter militärischer Stellung gestellt und die Arbeiter dieser Betriebe aufgeboten, die Arbeit spätestens Montag, den 4. Februar 1918 bis morgens 7 Uhr wieder aufzunehmen. Kundgebungen haben sich schwerer Belastung nach den Vorschriften des Belagerungsrechts aus. Die Verantwortlichen unter ihnen werden schwerlich entkommen werden. Die Strafen werden sich der energische Einschluß der zuständigen Behörden, dem die Versorgung des Heeres und der Marine mit Waffen und Munition beeinträchtigen Zustand ein Ende zu machen. Jeder Arbeiter, der den erlassenen Befehlen unüberhörbar, sollte sich selbstverständlich der allerhöchsten Verurteilung aus. Wo der gesunde Sinn noch nicht zum Durchbruch gekommen sein sollte, da wird die Strafe für die gesamte Bevölkerung zu erkennen ist. Die Strafen werden sich der energische Einschluß der zuständigen Behörden, dem die Versorgung des Heeres und der Marine mit Waffen und Munition beeinträchtigen Zustand ein Ende zu machen. Jeder Arbeiter, der den erlassenen Befehlen unüberhörbar, sollte sich selbstverständlich der allerhöchsten Verurteilung aus. Wo der gesunde Sinn noch nicht zum Durchbruch gekommen sein sollte, da wird die Strafe für die gesamte Bevölkerung zu erkennen ist.

### Die Festigkeit der Regierung.

Wie sich aus den Erlassen des Oberbefehlshabers ergibt, ist die Regierung zur unvorzählbaren Behauptung ihres dem Streit gegenüber eingenommenen Standpunktes entschlossen. Ihre Festigkeit hat nämlich zur Einschränkung der Auslandsbewegung beigetragen. Besonders konsequent hat die Regierung sich in der Frage der Verhandlungen mit den streikenden Arbeitern verhalten. Sie hat solche Verhandlungen beharrlich und endgültig abgelehnt. Nicht daß sie in der Sache überhaupt nicht hätte verhandeln wollen. Das Gegenteil. Auf einen Vorschlag der Abg. Scheidemann, Abg. Haacke und Debedung mit ihnen, und vertrauensmännern der Streikenden zu konferieren, erklärte der Reichstagspräsident, die Regierung sei zu den gewünschten Besprechungen mit je zwei Vertretern der beiden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen und der Generalkommission der Gewerkschaften gern bereit, lehnte es aber ab, in Verhandlungen einzutreten mit einer von der Streikleitung bevollmächtigten Vertreter der streikenden Arbeiter, die von Vertretern der Arbeiterschaft in deren Gesamtheit nicht bestellt. Der Unterstellung der Streikenden, die Regierung habe gütliche Verhandlungen über den Streit mit den Arbeitsinhabern abgelehnt, trat der Kanzler in einer Veröffentlichung überzeugend mit der Erklärung entgegen: Die Regierung muß es als unvereinbar mit dem Wesen unserer staatlichen Ordnung betrachten, aber politische Verhandlungen des ganzen Volkes mit Vertretern der streikenden Arbeiter, die von Vertretern der Arbeiterschaft in deren Gesamtheit nicht bestellt. Der Unterstellung der Streikenden, die Regierung habe gütliche Verhandlungen über den Streit mit den Arbeitsinhabern abgelehnt, trat der Kanzler in einer Veröffentlichung überzeugend mit der Erklärung entgegen: Die Regierung muß es als unvereinbar mit dem Wesen unserer staatlichen Ordnung betrachten, aber politische Verhandlungen des ganzen Volkes mit Vertretern der streikenden Arbeiter, die von Vertretern der Arbeiterschaft in deren Gesamtheit nicht bestellt.

### Der Weltkrieg

#### Von den Kriegshauptplätzen nichts Neues.

So lautet der offizielle Heeresbericht zum Schluß der Woche und erzielt damit einen Rekord in der Kürze.

23 000 Tonnen versenkt.

Im mittleren und westlichen Mittelmeer wurde in letzter Zeit besonders der Transportverkehr nach Italien und Frankreich gestört. Dabei wurden fünf Dampfer und ein Segler mit über 23 000 Tonnen versenkt. Die Dampfer waren bis auf einen bewaffnet und meist tief beladen. Die Mehrzahl wurde in geschicht herausgehörten Angriffen aus fast gestörten Geleitzügen herausgehört, darunter ein Transporttransportdampfer, der unter starker Beschützerbedeutung fuhr, also wohl besonders wertvoll war. Der versenkte englische Segler war mit Wein nach Malta unterwegs.

### Die Streitfrage

Im Wochenbericht konnte in Groß-Berlin als wesentlich günstiger bezeichnet werden. Die Zahl der Streikenden hatte um rund 20 v. H. gegen den vorherigen Boderstag abgenommen. Die Stimmung in der Arbeiterschaft ist bedeutend ruhiger und vernünftiger geworden. Es mehren sich die Fälle, in denen die Arbeiter mit ihren Arbeitgeber wegen Wiederaufnahme der Arbeit Fühlung genommen haben. Allgemein besteht der Eindruck, daß am Montag mit einer Wiederaufnahme der Arbeit im weitesten Umfang zu rechnen ist. Auch die Umfragen der letzten Tage sind wesentlich zurückgegangen. Im Betrieb der Straßenbahn haben sich kaum noch erhebliche Zwischenfälle zugetragen, und es steht zu hoffen, daß es dabei bleiben wird.

Ähnlich günstig lautet die Berichte aus dem Reich. Aus den meisten Orten, insbesondere aus Hamburg, aber auch aus den mittelbeutschen Städten und Industriezentren wird ein erheblicher Rückgang der Auslandsbewegung gemeldet.

Aufrechterhaltung des Versammlungsverbots. Die Abgeordneten Ober, Haacke, Debedung und Scheidemann wurden vom Reichstag zu einer Besprechung eingeladen, an der auch der Reichspräsident von Preußen, der Staatssekretär Waltraud und der Minister des Innern Tagos teilnahmen. Die Abgeordneten unterbreiteten dem Kanzler den Wunsch, bei den Militärbehörden darauf hinzuwirken, daß Vertrauensmännern der streikenden Arbeitergruppen erlaubt werden möchte, in einer geschlossenen Versammlung über die durch den Streit geschaffene Lage zu beraten.

Der Reichskanzler stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß die Regierung das Zustandekommen einer Versammlung, deren Beschlüsse darauf hinauslaufen könnten, gleichwertige Verhandlungen anzubahnen oder gar für ihre Fortsetzung zu bestimmen, nicht beabsichtigt. Auch wenn die Versammlung zu dem Ergebnis führen sollte, daß die Streikenden auf neue den Antrag stellen, mit der Regierung zu verhandeln, würde sie die Lage nur weiter verschärfen, da die Regierung auf einen solchen Antrag nur ablehnend antworten könnte. Solange deshalb keine Gewähr dafür vorliegt, daß die Besprechung lediglich dahin wirken werde, den Streit zu beenden und alle allgemeinpolitischen Wünsche der Arbeiter häufig auf dem gesetzlichen Wege über die Volksvertreter an die Regierung gelangen zu lassen, könne diese den Vorschlag der Abgeordneten nicht in Erwägung ziehen.

### Politische Nachrichten.

Ein raffiniertes Okkupation Englands. England soll laut „Köln. Zig.“ die Bildung eines nordischen Bundes anstreben, der aus den skandinavischen Mächten, Finnland und den baltischen Provinzen bestehen soll. Einer Ausdehnung des deutschen Einflusses auf die baltischen Provinzen steht England abgesehen von Finnland gegenüber, da es hierin eine Bedrohung seiner Aus- und Einfuhr nach Russland, die bisher fast ausschließlich über die baltischen Häfen ging, erblickt. Zum Schutze seiner Interessen hat England dem Vernehmen nach Beziehungen zu estnischen und lettischen Streifen eingeleitet, mit deren Hilfe es dem deutschen Einfluß in den baltischen Provinzen entgegenarbeiten. Im Zusammenhang mit diesem Vorhaben steht auch das Bestreben, möglichst viel Grund und Boden in den baltischen Provinzen in englischen Besitz zu bringen. Obwohl diese neuen Eintretungsgelüste Englands keine Aussicht auf Erfolg haben, wird die deutsche Regierung ihnen gegenüber Wachsamkeit üben müssen.

Der deutsche Einfluß in der Ostsee, so meint die „West. Zig.“, angeht die englischen Machenschaften, kann nur dadurch gewahrt werden, daß die fraglichen Gebiete in den Händen Auslands bleiben und so das deutsch-russische Einverständnis fördern, anstatt es zu stören. Die Bestreben dieser Gebiete entgegen ihnen die russische Bedrohung gegen England darzustellen. Das gilt für die baltischen Provinzen genau so wie für Finnland. Auch dieses mit

seiner Selbstständigkeit ohne eine Anlehnung an Russland nicht behaupten können und mit Sicherheit zu englischen Domänen werden. Bei einer solchen Lage können sich auch die skandinavischen Staaten der englischen Umklammerung nicht entziehen.

### Kriegs- und Tages-Berichte.

#### Wilson's Antwort.

Als Antwort auf die Reben des deutschen Reichstagslers über das Österreich-Ungarischen Kaiserthum des Auswärtigen Grafen Gernin befragt Präsident Wilson vor dem Kongress zu Washington die Gründe, die die Vereinigten Staaten genommen hätten, in den Krieg einzutreten und sagte: Deutschland habe nicht allein die Befehle der Vereinigten Staaten gütlich verletzt, sondern auch die langdauernden Verpflichtungen des Völkervertrags und der Bieder. Die Regierungen in Deutschland, führte er aus, hätten ihre Pflicht in solcher Weise ausgedehnt, daß unser wirtschaftliches Leben abgeschnitten würde, soweit unser Verkehr mit Europa in Betracht kommt, um unser Volk auf unsere Größe zu beschränken, insofern sie die Wirtschaftsverhältnisse könnten, die jeden Fortschritt unseres nationalen Lebens dauern verfrühen und verhindern und das Geschäft Amerikas der Gnade der fatalistischen Regierung überlassen würden.

Bei Besprechung der Ernte von 1917 sagte Wilson, es sei dringend notwendig, das Getreide nicht nur zu mehrfachen, sondern zu steigern. Die Regierung würde in jeder möglichen Weise helfen, und er glaube, daß die Arbeit, Intelligenz und Eingabe der amerikanischen Landwirte den Krieg zu einem rühmlichen Ende bringen würde. — Der vorkommende englische Bericht über die Rede ist so fälschlicherweise, daß er nicht einmal die Hauptpunkte der Wilson'schen Rede anführt, worüber man in Washington geäußert wurde höchst unangenehm ist.

#### Amerikanischer Profit und Ehrenstandpunkt.

Ähnlich ist in Washington bekanntlich mitgeteilt worden, daß es mit der Waffenauflösung für die nach Frankreich zu entsendenden nordamerikanischen Truppen sehr bedeutend hoffe, da die Rüstungsfabrikanen lieber den hohen Profit aus den Lieferungen für Europa mitnehmen, als für die Bedürfnisse der heimischen Armee sorgen. Und die Verwirklichung des Weltverbessers-Präsidenten Wilson ist die Spezialisten ruhig gemindert, statt sich an dem selbstherrlichen Ehrenstandpunkt zu halten. Allerdings ist es richtig, in den Vereinigten Staaten auch schon so gewesen, selbst unter der Präsidentschaft von Grant, der doch ein guter General war. Aber mit dem jetzt ausgeübten Waffenstandpunkt ist die Schlamper-Wirtschaft noch nicht beendet, auch mit dem Schlußwort — wer denkt nicht an die russischen Infanteriestellen mit Pappjohsen — der Velleidung und den Wehenmitteln dürfte es nicht viel besser stehen. Besonders mit den Eisen und den Uniformen, die doch nicht aus über einen Resten hergestellt werden können, wird man kein Heubrot erlösen, denn es ist ja bekannt, daß Spezialarbeit niemals zu den höchsten des Industries gehört hat. Auch bei den Wehenmitteln wird es gerade keine Vollkommenheiten geben. Was in der nordamerikanischen Konvention-Industrie möglich ist, hat die Welt aus der Schilbung amerikanischer Fabriken selbst ja schon erfahren. Ebenfalls steht man, daß die demokratischen Reiche des Präsidenten Wilson selbst basieren, nicht nur auf anderen Ländern bringen will, die Unmöglichkeit und leidliche Vollkommenheit.

#### Rußlands Bankrott, Frankreichs Ruin.

Die russischen Finanzlagen Frankreichs waren in der Kammer Gegenstand einer überaus interessanten Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den Sozialisten. Der Abgeordnete Grouzet fragte in seiner Interpellation, von wem und von wessen Geld der Februar-Ruponschnitt der russischen Anleihe bezahlt werde. Bisher habe die Regierung an die französischen Inhaber russischer Rupons 2 Milliarden Franken ausbezahlt müssen, da die Deutung aus Petersburg ausbleibe.

Ein heftiger Angriff des Führers der Minderheitssozialisten Roulet gegen die ganze russische Politik in der russischen Regierung setzte die Kammer und namentlich die Minister in höchste Erregung. Roulet sagte: Wenn die französischen Minister heute über den russischen Bankrott wehklagen, so sei das ihre Schuld. Als die russische Revolutionäre im Jahre 1906 Frankreich aufforderten, seine bisherige unglückliche Anleihenpolitik anzugehen, die eine ständige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands darstelle, habe man in Paris abgelehnt. Jetzt gäbe man diese Schuld. Es sei doch unerhört, wenn die Regierung von der Kammer verlange, die französischen Großbanken zu entschuldigen, die nur die großen russischen Provinzen einreden wollten, und darüber die französische Wirtschaftsentwicklung vernachlässigen. Die französischen Banken und die französische Regierung seien für die unglückliche





# Bekanntmachung.

## Die Arbeits-Einstellungen

in der vergangenen Woche machen es mir zur Pflicht, auf ihre

### Folgen für unsere Landesverteidigung

nachdrücklich hinzuweisen. Noch stehen wir in den schwersten Kämpfen um unsere Existenz und deshalb ist nach dem

### Warnruf Hindenburgs

jede Arbeitseinstellung eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft, eine unfühnbare Schuld an unseren Kameraden im Schützengraben.

Welcher rechtlich denkende deutsche Arbeiter wird vor seinem Gewissen eine solche Schuld verantworten können?

Baldiger

## Frieden ist die Losung

um die wir alle kämpfen,

### Kriegsverlängerung

aber bedeutet jede **Unruhe im Innern**, da hierdurch die Hoffnung unserer Gegner, uns doch noch vernichten zu können, nur gestärkt wird.

### Kriegsverlängerer

ist daher der, welcher die **Versorgung des Heeres** mit der notwendigen Munition und Ausrüstung verhindert.

### Das Frohlocken der gegnerischen Presse

über die Streikbewegungen in Deutschland beweist dies. Durch

### Flugblätter,

die auch von der sozialdemokratischen Presse öffentlich gebrandmarkt werden, als „anonyme Wische, als dumm und niedertüchtig, die mit den ekelhaftesten Schimpfwörtern unsere größten Heerführer überhäufen“, werden Hindenburg und Ludendorff als Kriegsverlängerer hingestellt. Hierauf hat

### Ludendorff

folgende Antwort gegeben:

„Glaubt denn irgend ein vernünftiger Mensch, daß wir beide, auf deren Schultern eine so ungeheure Verantwortung lastet, auch nur einen Tag länger diese Verantwortung tragen wollten, wenn es nicht die Sicherheit des deutschen Volkes und die Lebensinteressen des Reiches verlangen würden?“

### Appell

an den gesunden Sinn unserer Arbeiterschaft im Interesse der baldigen Herbeiführung eines für unser ganzes Volk glücklichen Friedens jedem Versuch der Lahmlegung unserer Verteidigungskraft, zu widerstehen. Zum

### Schutz der Arbeitswilligen

sind seitens der Militär- und Polizeibehörden

### weitgehende Maßnahmen

getroffen worden.

Zuhilgenahme unseres Wirtschaftslebens und angepannte Arbeit verbürgen in Verbindung mit unserem siegreichen Heer allein den baldigen Frieden.

M a g d e b u r g, den 3. Februar 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General IV. A. R.

S o n t a g, Generalleutnant.

## Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung, des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand und des Gesetzes vom 11. 12. 1915 betreffend die Abänderung dieses Gesetzes verordne ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

Verboden ist:

- Die Aufforderung oder Anreizung zum Streit (Arbeitsüberlegung oder -einschränkung) ohne Rücksicht auf den Zweck, der mit dem Streife verfolgt wird.
- Die Zurückhaltung oder Bedrohung Arbeitswilliger.

Zu widerhandlungen, die Aufforderung und Anreizung hierzu, werden, sofern nicht nach den bestehenden Strafgesetzen eine höhere Freiheitsstrafe verurteilt ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Wegen missliebende Umstände vor, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Der Versuch ist strafbar.

M a g d e b u r g, den 12. Februar 1918.

Der stellvert. Kommandierende General des IV. Armee-Korps:  
S o n t a g, Generalleutnant.

### Un Gültigkeitserklärung von Brotmarken.

Die für die Zeit vom 24. Dezember bis 20. Januar ausgegebene grüne Brotmarke verliert am Sonntag den 3. Februar 1918 ihre Gültigkeit. Die Marken dürfen von Montag, den 4. Februar ab von den Bäckern und Mehlhändlern nicht mehr angenommen werden. Von diesem Tage ab gelten nur noch die vom 21. Januar ausgegebenen grauen Brotmarken über 350 Gramm Mehl.

Weißenfels, den 2. Februar 1918.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.  
Königlicher Landrat. Wartels.  
Beröfentlicht.

Teuchern, den 4. Februar 1918.

Der Magistrat.

Dirjenigen Personen, welche für das kommende Frühjahr **Saatkartoffeln** brauchen, haben ihren Bedarf am **Mittwoch, den 6. Febr. 1918** im Stadtverordneten-Sitzungssaal unter Angabe der Sorte anzumelden.

Bereits an den Kaufmann Paul Friedrich gemachte Bestellungen werden hierdurch hinfällig. Saatkartoffeln an Erbenarbeiter dürfen von jetzt ab nur noch durch uns abgegeben werden.

Teuchern, den 2. Februar 1918.

Der Magistrat.

### Lebensmittelzusatzmarken Nr. 42 gilt für:

200 Gramm Graupen zum Preise von 16 Pfg.
180 „ Supp-mehl „ 15 „
250 „ Wärmelabe „ 50 „

Verlauf findet vom 5. bis 9. Februar 1918 in allen Geschäften gegen Rückgabe der Lebensmittelzusatzmarken Nr. 42 statt.

Alle Lebensmittelzusatzmarken Nr. 42 müssen von dem Gemeindevorstand in Bündel von je 100 Stück geordnet und uns am **Vormittag des 6. Februar 1918** zurückgegeben werden.

Wir ersuchen, die Lebensmittelzusatzmarken genau zu zählen und uns pünktlich ohne Erinnerung abzuliefern.

Teuchern, den 4. Februar 1918.

Der Magistrat.

## Kali-Düngesalz

officiert

P. Friedrich.

Teuchern, Bahnhof. Fernsprecher 13.

Schriftleitung, Druck und Verlag Otto Wietzen, Teuchern

# Wöchentliche Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend.

Abzugspreis: Die halbjährliche Fortpflanzung 15 Bld.  
 Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeltstraße 10  
 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Späteres und sonstige Anzeigen  
 müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.  
 Erscheint wöchentlich 8mal, am Montag, Mittwoch und Freitag  
 abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Stierleihe, r. Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,45 Bld.  
 von untern Boten ins Haus gebracht 1,60 Bld. und durch den  
 Briefträger 1,50 Bld.

Stierleihe für die monatliche Bezüge werden außer in der Ge-  
 schäftsstelle, Zeltstraße 10, auch von untern Boten und allen  
 Kaffee-, Postämtern angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 16.

Dienstag, den 5. Februar 1918.

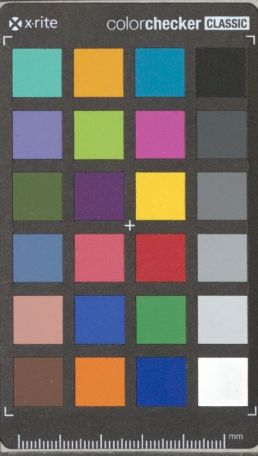
57. Jahrgang

## Nach dem Streit.

Man darf wohl die Hoffnung hegen, daß mit der alten  
 Waise auch der Streit in das Meer der Vergessenheit ge-  
 senkt ist. Die Lage in Groß-Berlin wie in den vereinzelten  
 Orten des Reiches, in denen es überhaupt zu Arbeits-  
 stellen gekommen war, berechnete auf diese Erwartung.  
 Aller Orten hatte sich um die Wochenwende ein hartes  
 Abflauen der unvollständigen Bewegung bemerkbar gemacht.  
 Das, was die ausländische Propaganda anstrebte und was  
 auch von den unheilvolleren Fanatikern dahem erfehrt wurde,  
 ist die gesamte Arbeiterkraft des Reiches umfassender Ge-  
 neralstreik, ist auch nicht im entferntesten erreicht wor-  
 den. Aberall ist die Bewegung auf Zeitstreik beschränkt  
 geblieben, da der ältere und verlässigere Teil der deutschen  
 Arbeiterkraft es ablehnte, sich in dieser ersten Zeit an  
 einer Bewegung zu beteiligen, die gewaltsam, sinnlos und  
 nutzlos zugleich war. Im übrigen stellte sich das Heer der  
 Streikenden in gewissem Sinne dar als ein Teil jener  
 Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.  
 Der Jubilate kann man es wohl dünken, daß sie allein in  
 Groß-Berlin an 10 Millionen Mark sparte, die sie sonst für  
 die wegen Kohlenmangels notwendig gewordenen Feuer-  
 schichten zu beschaffen gelacht hätte. Die Ersparnis an Ar-  
 beiterlöhnen beläuft sich, da der gesamte Arbeiter einen  
 Lohn von 150 Mark und oft weit darüber wöchentlich er-  
 hält, in Groß-Berlin auf die stattliche Summe von 15 Mil-  
 lionen Mark. Die Generalverwaltung besitzt natürlich so  
 reiche Vorräte an Mehl und sonstigen Material, daß die  
 Kriegslagerung durch den Streit nicht beeinträchtigt wird.

## Die Folgen des Streiks

Die Arbeiterkraft dagegen außer empfindlichste; freilich  
 kann diese sich darüber nicht beklagen. Wer nicht hören  
 will, muß fühlen. Und ein Waffenschießvermögen hat es  
 wahrhaftig nicht gefehlt, auch mußten Verlust und Aus-  
 gang des Wiener Streiks zur Deutlichkeit mahnen. Die



## Der Weltkrieg

### Von den Kriegsausplätzen nichts Neues.

So lautet der offizielle Heeresbericht zum Schluß der  
 Woche und ergiebt damit einen Rückblick in der Kürze.

### 23 000 Tonnen versenkt.

Im mittleren und westlichen Mittelmeer wurde in letzter  
 Zeit besonders der Transportverkehr nach Italien und  
 Frankreich gestört. Dabei wurden fünf Dampfer und ein  
 Segler mit über 23 000 Tonnen versenkt. Die Dampfer  
 waren bis auf einen bewaffnet und meist tief beladen. Die  
 Mehrzahl wurde in geschlossenen Schiffsgruppen aus  
 hart gestützten G-e-leitungen herausgeschossen, darunter ein  
 Transportdampfer, der unter harter Beschießung  
 unterlag, also wohl besonders wertvoll war. Der ver-  
 senkte englische Segler war mit Wein nach Malta unter-  
 wegs.

## Die Streiklage

zum Wochenanfang konnte in Groß-Berlin als wesentlich  
 günstiger berichtet werden. Die Zahl der Streikenden  
 hatte um rund 20 v. H. gegen den vorletzten Wochenanfang  
 abgenommen. Die Stimmung in der Arbeiterkraft ist be-  
 deutend ruhiger und vernünftiger geworden. Es mehren  
 sich die Fälle, in denen die Arbeiter mit ihren Arbeitgebern  
 wegen Wiederaufnahme der Arbeit Fühlung genommen  
 haben. Allgemein besteht der Eindruck, daß am Montag  
 mit einer Wiederaufnahme der Arbeit im weitesten Umfang  
 zu rechnen ist. Auch die Verhandlungen der letzten Tage sind  
 wesentlich zurückgegangen. Im Betrieb der Straßenbahn  
 haben sich kaum noch erhebliche Zwischenfälle zugegetragen,  
 und es steht zu hoffen, daß es dabei bleiben wird.

Ähnlich günstig lautet die Berichte aus dem Reich  
 aus den meisten Orten, insbesondere aus Hamburg, aber  
 auch aus den mitteldeutschen Städten und Industrie-  
 gegenden wird ein erheblicher Rückgang der Auslandsbe-  
 wegung gemeldet.

## Aufrechterhaltung des Versammlungsverbot.

Die Abgeordneten Ebert, Haack, Rebebour und Scheidemann  
 wurden vom Reichsanwalt zu einer Vernehmung empfangen,  
 an der auch dessen Stellvertreter von Pozner, der Staats-  
 sekretär Waltraf und der Minister des Innern Drems teil-  
 nahmen. Die Abgeordneten unterzeichneten dem Kanzler  
 den Wunsch, bei den Militärbehörden darauf hinzuwirken,  
 daß Vertrauensmännern der streikenden Arbeitergruppen  
 erlaubt werden möchte, in einer geschlossenen Versammlung  
 über die durch den Streit geschaffene Lage zu beraten.

Der Reichsanwalt stellte sich demgegenüber auf den  
 Standpunkt, daß die Regierung das Zulandebekommen einer  
 Versammlung, deren Verhandlungen hinauslaufen  
 könnten, gesetzlich gebotenen Verbotes entgegenüber oder gar  
 für ihre Fortsetzung eintreten, nicht befürworten könne.  
 Auch wenn die Versammlung zu dem Ergebnis führen  
 sollte, daß die Streikenden auf neue den Antrag stellen,  
 mit der Regierung zu verhandeln, würde sie die Lage nur  
 weiter verschärfen, da die Regierung auf einen solchen  
 Antrag nun abweisend antworten könnte. Solange des-  
 halb keine Gewähr dafür vorliegt, daß die Verhandlung  
 lediglich dahin wirken werde, den Streit zu beenden  
 und alle allgemeinpolitischen Wünsche der Arbeiter künftig  
 auf dem gesetzlichen Wege über die Volksvertreter  
 an die Regierung gelangen zu lassen, könne diese  
 den Vorschlag der Abgeordneten nicht in Erwägung  
 ziehen.

## Politische Nachrichten.

Ein russischer Offizierplan Englands. England  
 soll laut „Rain. Zig.“ die Bildung eines nordischen Bundes  
 anstreben, der aus den skandinavischen Ländern, Finnland  
 und den baltischen Provinzen bestehen soll. Einer Aus-  
 dehnung des deutschen Einflusses auf die baltischen Pro-  
 vinzen steht England obsolet feindselig gegenüber, da es  
 hierin eine Bedrohung seiner Aus- und Einfuhr nach  
 Rußland, die bisher fast ausschließlich über die baltischen  
 Häfen ging, erblickt. Zum Schutze seiner Interessen hat  
 England den Versuch gemacht, durch Beschlüsse an englischen  
 und lettischen Kreisen anzuknüpfen, mit deren Hilfe es dem  
 deutschen Einfluß in den baltischen Provinzen entgegen-  
 arbeite. Im Zusammenhang mit diesem Vorhaben steht  
 auch das Bestreben, möglichst viel Grund und Boden in  
 den baltischen Provinzen in englischen Besitz zu bringen.  
 Obwohl diese neuen Einfuhrverhältnisse Englands keine  
 Aussicht auf Erfolg haben, wird die deutsche Regierung  
 ihnen gegenüber höchstachtlos sein müssen.

Der deutsche Einfluß in der Ostsee, so meint die  
 „Welt. Zig.“ angefaßt der englischen Machenschaften, kann  
 nur dadurch gemindert werden, daß die französischen Gebiete  
 in den Händen Englands bleiben und so das deutsch-  
 russische Einvernehmen fördern, anstatt es zu föhren. Die  
 Dazwischenkunft dieser Gebiete entzieht ihnen die zufführende  
 gegen Englands Unterliebe. Das gilt für die baltischen  
 Provinzen genau so wie für Finnland. Auch dieses wird

jeine Selbständigkeit ohne eine Anlehnung an Rußland  
 nicht behaupten können und mit Sicherheit zu englischen  
 Domänen werden. Bei einer solchen Lage können sich auch  
 die skandinavischen Staaten der englischen Umklammerung  
 nicht entziehen.

## Kriegs- und Tages-Berichte.

### Wilson's Antwort.

Als Antwort auf die Forderungen des deutschen Reichs-  
 kanzlers und des österreichisch-ungarischen Ministers des Aus-  
 wärtigen Grafen Czernin befragt Präsident Wilson von  
 dem Kongress zu Washington die Gründe, die die Ver-  
 einigten Staaten gezwungen hätten, in den Krieg einzu-  
 treten und sagte: Deutschland habe nicht allein die Entzwei-  
 gung der Menschheit gründlich verlegt, sondern auch die lan-  
 gelebenden Verpflichtungen des Völkerrechts und der Ver-  
 träge. Die Regierungen in Deutschland hätten es aus-  
 gelassen ihre Macht in solcher Weise auszuüben, daß unter  
 menschlichen Verhältnissen abgelehnt werden, soweit unter Ver-  
 kehr mit Europa in Betracht kommt, um unser Volk auf  
 unsere Erbfeinde zu beschränken, in dessen sie Abhängig-  
 keit verfallen könnten, die jeden Fortschritt unserer nationalen  
 Lebensdauer verhindern und verhindern und das Ge-  
 schick Amerikas der Gnade der kaiserlichen Regierung über-  
 lassen würden.

Bei Besprechung der Ernte von 1917 sagte Wilson, es  
 sei dringend notwendig, das Getreide nicht nur zu wieder-  
 holen, sondern zu steigern. Die Regierung würde in jeder  
 möglichen Weise helfen, und er glaube, daß die Arbeit, In-  
 telligenz und Hingabe der amerikanischen Landwirte den  
 Krieg zu einem vollen Erfolg bringen würden. Der  
 norddeutsche englische Bericht über die Ernte ist so  
 fammersich, daß er nicht einmal die Hauptpunkte der  
 Wilsonschen Rede ahnen läßt, wörter man in Washington  
 gegenseitig Rede höcht unangehalten ist.

## Amerikanischer Profit und Ehrenstandpunkt.

Rechtlich ist in Washington bestänzlich mitgeteilt worden,  
 daß es mit der Waffenausrüstung für die nach Frankreich  
 zu entsendenden nordamerikanischen Truppen sehr bedenklich  
 wäre, da die Rüstungsfabrikanten lieber den hohen Profit  
 aus den Lieferungen für Europa miteinnehmen, als für die  
 Bedürfnisse der heimischen Armee sorgen. Und die Ver-  
 teilung des Weltunterstützungspräsidenten Wilson ließ diese  
 Spezialisten ruhig gewähren, statt sich an dem verkehr-  
 ständischen Ehrenstandpunkt zu halten. Allerdings ist es  
 früher in den Vereinigten Staaten auch schon so gewesen,  
 gleich unter der Präsidentschaft von Grant, der doch ein  
 guter General war. Aber mit dem jetzt aufgegebenen Waffens-  
 chandlariat ist die Schlamperlei-Wirtschaft noch nicht beendet,  
 auch mit dem Schlußwort — wer denkt nicht an die russischen  
 Zentralstellen mit Hauptquartier — der Weltbevölkerung und  
 den Weltmächten hätte es nicht viel besser sein können. Bez-  
 zugsweise mit Len Eitelkeit und den Uniformen, die doch nicht  
 gut über einen Reifen geschlagen werden können, wird man  
 sein blaues Wunder erleben, denn es ist ja bekannt,  
 daß Spezialarbeit niemals zu den Postionen der Panzer-  
 Industrie gehört hat. Auch bei den Lebensmitteln wird es  
 gerade keine Vollkommenheiten geben. Was in der nord-  
 amerikanischen Konkurrenzindustrie möglich ist, hat die  
 Regierung bei der Schließung amerikanischer Fabriken für die  
 schandbar erfahren. Ebenfalls steht man, daß dem deut-  
 schen Reiches des Präsidenten Wilson selbst dasjenige  
 fehlt, was er anderen Ländern bringen will, die Unge-  
 nügigkeit und leibliche Vollkommenheit.

## Rußlands Bankrott, Frankreichs Ruin.

Die russischen Finanzorgane Frankreichs waren in der  
 Kammer Gegenstand einer überaus interessanten Aus-  
 einandersetzung zwischen der Regierung und den Sozialisten.  
 Der Abgeordnete Grouchet fragte in seiner Interpellation,  
 von wem und von wessen Seite der Februar-Russenschnitt  
 von russischen Anleihen bezahlt werde. Präsident Wilson  
 2 Milliarden Franken auszahlen müssen, da die Deckung  
 aus Petersburg ausbleibe.

Finanzminister Klotz antwortete, ebenso wie der Jan-  
 uar-Ruppon müsse vorläufig auch der Februar-Ruppon aus  
 der französischen Kasse vorgeschleht werden. Aber die  
 Deckung für die in den nächsten Monaten falligen Ruppons  
 seien Verhandlungen mit der Finanze in dem Zusammenhang  
 abgesehen, der Kammer keine verbindlichen Zusicherungen  
 geben könne.

Ein bestiger Angriff des Führers der Minoritätsozia-  
 listen Moutet gegen die ganze russische Politik der franzö-  
 sischen Regierung legte die Kammer und namentlich die  
 Debatte für die in den nächsten Monaten falligen Ruppons  
 der russischen Minister heute über den russischen Bankrott  
 aufzuheben, so sei das ihre Schuld. Als die russischen Re-  
 volutionäre im Jahre 1906 Frankreich aufforderten, seine  
 bisherige russische Anleihepolitik aufzugeben, die eine stän-  
 dige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands  
 darstelle, habe man in Paris abgelehnt. Jetzt zähle man  
 die Schuld. Es sei doch unerhöht, wenn die Regierung  
 der Kammer verlange, die französischen Großbanken zu  
 entschädigen, die nur die großen russischen Provinzen ein-  
 stufen wollten, und darüber die französischen Bankstellen  
 waldung vernachlässigten. Die französischen Banken und  
 die französische Regierung seien für die unvollständigen